Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 260. Mittwoch den 7. November. 1849.

Berlin, den 4. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Regierungs-Rath Wilckens zum Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium zu ernennen.

Deutschland.

Berlin, den 3. November. Es wird zu Bremerhaven gegenwärtig ein sogenanntes Auswanderer-Haus gebaut, worin bis zu 3000 Personen beköstigt werden können. Der Betrieb wird einer strengen obrigkeitlichen Inspection unterworfen, welche auch die Verpflegungstaxe zu bestimmen hat. Das Ganze ist zwar ein Privat-Unternehmen, hat aber neben dem Lebensunterhalte des Leiters den Zweck, durch eine Musterverpflegung für den größten Theil der jährlich über Bremen gehenden Einwanderer, die allgemeine gute und billige Verpflegung derselben in allen übrigen Logir- und Kosthäusern durch diese Concurrenz zu erzwingen und dadurch den Strom der Auswanderung ferner an Bremen zu fesseln, und sich mit dieser thatsächlichen Sorge dafür an die obrigkeitliche Aufsicht würdig anzuschließen, welche diesem Gegenstande bereits seit einer Reihe von Jahren gewidmet ist. Das großartige Unternehmen wird daher auch mit den erforderlichen Geldmitteln von einer Anzahl der dortigen Kaufleute unterstützt, welche seinen großen Nutzen für den Staat wie für den Auswanderer wohl begreift. Das Gebäude enthält auf einer Grundfläche von 30,000 Q.-Fuß im Erdgeschoß und drei Stockwerken außer 10 großartigen Sälen, in denen sehr zweckmäßig für Ventilation gesorgt ist, sehr bedeutende Gepäckräume im Souterrain und Böden, zwei getrennte Lazarethe, jedes mit drei Krankensälen, Bade- und Wärterzimmer 2c. Wasser-Bassins, die alle Säle und Waschzimmer versorgen, bei Feuersgefahr jeden Raum inundiren können, eine große Dampfküche, eine Kapelle oder Kirche, die über 300 Personen faßt, Predigerwohnung, Wirthschaftslokal, bedeckte Ankaufhallen 2c. (Const. Ztg.)

— (Köln. Ztg.) Man erzählt hier, daß der König in seiner Eigenschaft als Agnat Verwahrung gegen die neue Mecklenburg-Schwerin'sche Verfassung eingelegt habe. Zwischen Preußen und Mecklenburg besteht auch eine Erb-Verbrüderung.

— In der heutigen Sitzung des Criminal-Senats des Appellations-Gerichts wurde ein Preßprozeß in zweiter Instanz verhandelt. Auf der Anklagebank befindet sich der Literat Julius Löwenberg, als Verfasser eines Artikels in der früher hier erschienenen Zeitungshalle vom 30. Juni 1848, welcher über die Insurrektion im Großherzogthum Posen im Mai v. J. handelt. In einer Anmerkung zu diesem Artikel sind grobe Injurien gegen den Land- und Stadtgerichts-Assessor Göldner in Schubin enthalten. Am Schluß der Anmerkung aber heißt es: „Ist die Behörde wirklich noch eine Justizbehörde, die einen solchen Menschen in ihrem Collegio duldet? Wahrhaftig, 's ist, als hätte man keine Justiz!" In Folge dieser Anmerkung beantragten im vorigen Jahre sowohl der Assessor Göldner, als die Mitglieder des Schubiner Land- und Stadtgerichts eine Untersuchung. In erster Instanz wurde der Assessor Göldner zurückgewiesen, da das Criminalgericht annahm, daß ihm nur eine Civilklage zustehe und sprach auch den Angeklagten von der Beleidigung im Amte aller Mitglieder des Schubiner Stadt- und Landgerichts frei. Dagegen appellirte der Staatsanwalt. Der Angeklagte behauptet jetzt, daß die incriminirte Stelle, worauf jetzt der Staatsanwalt seine Klage gründet, nämlich die Worte: „ist die Behörde wirklich noch eine Justizbehörde, die einen solchen Menschen in ihrem Collegio duldet?" von dem Redacteur der Zeitungshalle hinzugefügt worden ist, er also die Verantwortlichkeit nicht dafür übernehmen könne. Der Angeklagte hat vorgeschlagen, Sachverständige, wie Redakteure der Nat.-Ztg., Constitutionellen Ztg. und Neuen Preuß. Ztg. darüber zu vernehmen, daß es oft vorkomme, daß die Redaktionen in solchen Fällen einen Satz hinzufügten oder umänderten, und sucht den Beweis zu führen, daß hier dieser Fall vorliege. Der Gerichtshof ging aber nicht darauf ein, die angeführten Redacteure vorladen zu lassen, nahm vielmehr an, daß der Angeklagte auf Grund seiner ersten allgemein gehaltenen Aussage auch der Verfasser der incriminirten Stelle sei und daß er dadurch den Mitgliedern des Land- und Stadtgerichts zu Schubin eine schwere wörtliche Beleidigung in Bezug auf ihr Amt durch Pasquill zugefügt habe. Der Staatsanwalt hatte eine dreimonatliche Gefängnißstrafe beantragt. Der Gerichtshof ermäßigte dieselbe jedoch in Erwägung der damaligen sehr aufgeregten Zeit zu vierwöchentlicher Freiheitsstrafe. (Const. Ztg.)

Berlin, den 3. November. (Const. Z.) In der heutigen Verhandlung des Werderschen Prozesses traten die Hauptpersonen des Dramas auf, dessen Entwickelung so eigenthümliche Aufschlüsse über verschiedene Seiten des Berliner Geschäftslebens giebt. Vornan steht Hellwig, ein junger Mann aus guter Familie, klein, aber gut gebaut, mit regelmäßigen Zügen und lebhaftem Mienenspiel, was in seiner Wirkung durch ein Paar blaue offene Augen und eine hohe Stirn unterstützt wird. Vor einigen Jahren hatte er sich im Bade Töplitz aufgehalten, sich aber hier an fremdem Eigenthum vergriffen. Er wurde wegen gewaltsamen Diebstahls zu zwei Jahr Strafarbeit verurtheilt. Da diese Strafe wegen einer Krankheit an seinem Fuße nicht vollstreckt werden konnte, so wurde ihm eine Geldbuße von 1000 Thlrn. auferlegt. Er lebte hier seit Jahren als Agent, bediente sich einer Equipage und war Besitzer zweier Rittergüter geworden, als er im Oktober verhaftet wurde, weil er mehrseitig betrüglicher Geschäfte beschuldigt wurde, die zum Theil mit denen des von Werder zusammenhingen. Er gab sein Vermögen nach Abzug der Passiva auf etwa 50- bis 60,000 Thlr. an. In der heutigen Verhandlung wurden nun dessen Bestandtheile zergliedert. Unter andern figurirten darunter Obligationen von 5000 und 10,000 Thlrn.; es ergab sich indessen, daß eine Valute von ihm nicht gezahlt und die Eintragung nicht erfolgt war. Bei anderen Posten mangelte jeder Nachweis. Es blieb jedoch ein nicht unbeträchtlicher Rest als Differenz des Werthes seiner Grundstücke nach dem letzten Erwerbspreise und der Summe der eingetragenen Hypothekenschuld als muthmaßlich reelles Vermögen bestehen. In Bezug auf das letztere bemühte sich aber der Staatsanwalt nachzuweisen, daß es lediglich die Frucht einer seit dem März 1848 begonnenen Geschäftsthätigkeit sei, welche darin bestanden hätte, Grundstücke gegen werthlose Papiere zu erwerben, und diese immer wieder zu höheren Preisen, so wie unter Hinzufügung neuer werthloser Papiere gegen werthvollere Grundstücke zu vertauschen, so daß jenes Vermögen nur das Aequivalent einer lediglich durch Schwindelei verwertheten, an sich werthlosen Masse sei, und durch die Forderungen der Betrogenen gedeckt würde. Die Papiere — meistens Haus-Obligationen oder Wechsel — rührten von dem Angeklagten Löwinson her. Auch dieser präsentirt sich als eleganter junger Mann in weißer Weste und gelbseidenem Halstuch mit einem eben so vollständigen als gut gepflegten Barte. Er spricht gern ironisch und gestikulirt lebhaft. Er räumt ein, vorzugsweise mit Obligationen u. dgl. Geschäfte gemacht zu haben, bestreitet aber wie Hellwig jede betrügerische Absicht und will nur mit dem letzteren zu thun gehabt haben. Die dritte hervorragende Persönlichkeit ist der Führer des Freikorps, Rothe, ein ehemals reicher Mann und, wie es heißt, gutmüthig, aber nicht charakterfest, auch bereits wegen Anmaßung des Adels aus Eitelkeit bestraft. Speziell wurde nur ein Fall heute verhandelt. Als nach geschlossener Beweisaufnahme der Staatsanwalt plaidirt hatte, erklärten die Vertheidiger sich außer Stande, ihre Schutzreden zu halten, da sie durch den bisherigen Gang der Sache und den 8stündigen Aufenthalt in dem kleinen Zimmer (der Schwurgerichtssaal war heute besetzt) zu erschöpft seien. Hierauf ist die Sitzung vertagt.

Berlin, den 5. Novbr. (St. Anz.) Die bereits veröffentlichte Note des Königlich Sächsischen Staats-Ministers, Freiherrn von Beust, d. d. Dresden, den 25. Oktober 1849, ist von dem Königlich Sächsischen Geschäftsträger am hiesigen Hofe, Herrn von Könneritz, unter dem 27. Oktober dem Minister des Auswärtigen abschriftlich zugestellt worden und in der Sitzung des Verwaltungs-Rathes vom 30. Oktober zur Vorlage gekommen.

— (Const. Z.) Am 1. d. M. fand hier unter den Truppen, welche in Häusern einquartiert sind, deren Besitzer aus der städtischen Sublevations-Kasse entschädigt werden, wieder ein Quartierwechsel statt. Bis jetzt ist den Grundbesitzern, welche ihre Häuser zur Aufnahme des Militairs gänzlich vermiethet haben und mit der Herabsetzung der Einquartierungsgelder sich nicht einverstanden erklären wollten, auf ihre desfallsige Eingabe von der betreffenden Behörde noch kein Bescheid zugegangen. Mehrere Grundbesitzer haben daher am 1. d. M. die Einquartierung aufgegeben. — Der Prozeß gegen die Mitglieder der vorjährigen Nationalversammlung, welche wegen der Steuerverweigerung angeklagt werden sollen, ist jetzt bei der Voruntersuchung und den Verhandlungen in ein neues Stadium getreten, indem man eine Unterscheidung zwischen denjenigen Abgeordneten machen will, welche Beamte sind, und den übrigen. Letztere sind von jeder weiteren Verfolgung frei, wie z. B. aus dem Briefe des Staatsanwalts an den Gr. Reichenbach 2c. hervorgeht, gegen erstere soll aber ihre Beamtenqualität, welche sie bei jenem Beschlusse verletzt hätten, geltend gemacht werden. Auch dem Herrn Schulze-Delitzsch ist angezeigt worden, daß er sich unter den zwanzig Abgeordneten befinde, welche unter Anklage gestellt werden sollen. — Unter den hier angekommenen Fremden befindet sich auch der berühmte Maler de Biefve aus Brüssel.

Elberfeld, den 30. Oktober. (Köln. Ztg.) Am verwichenen Sonntage den 28. d. kam es zwischen Soldaten und Bürgern in einem hiesigen Wirthshause zu einer Schlägerei, die blutig endete und Verwundungen absetzte, an welchen ein Soldat noch gefährlich darniederliegt. Der Vorfall ist um so mehr zu bedauern, da er in dem Unwillen einiger anwesenden Bürger in jenem Wirthshause über die unnütze, die Mehrzahl der Bürger hart drückende Einquartierungslast seinen Ursprung gefunden haben soll. Die Mehrzahl wohl hoffte beim Abzuge der bis zum 26. d. hier einquartierten Soldaten von diesem Drucke befreit zu sein, jene Bürger sollen nun das Einrücken einer anderen Compagnie getadelt, dann in derben Wortwechsel mit den Soldaten gerathen und es endlich so weit gekommen sein, daß der Soldat von seinen Waffen und die Bürger von den Messern Gebrauch machten.

Aachen, den 1. November. Unsere Zeitung enthält einen Aufruf zu Beiträgen für die Restauration des Aachener Münsters. „Hier ist", sagt sie, „Karl's des Großen Grab und steht noch sein unverwes'ter Herrscher-Stuhl; hier ist der Born, aus dem Religion und Bildung und Idee wie Weihe eines einheitlichen Staatslebens den Deutschen Stämmen entquoll; hier der stetige Mittelpunkt der tausendjährigen Herrlichkeit des Deutschen Kaiserthums. Deßhalb hängt, was Deutschen Blutes ist, geheimnißvoll mit unzerreißbaren Banden an diesem verhängnißreichen karolingischen Denkmal, und wie der Araber nach Mekka, so pilgert gern jedes Deutsche Herz nach Aachen und seinem Münster." (Köln. Ztg.)

Glückstadt, den 2. Nov. (B. H.) Heute früh traf das deutsche Kriegsdampfboot „Lübeck," von der Weser kommend, auf unserer Rhede ein und setzte Offiziere nebst Mannschaft ans Land, welche sogleich auf der Eisenbahn nach Norden abgingen und, wie man hört, zur Besetzung der „Gefion" bestimmt sein sollen.

Stuttgart, den 1. November. (Köln. Z.) Wie man allgemein vernimmt, hat der König den Staatsrath Römer in einer für diesen schmeichelhaftesten Weise entlassen. In einer Audienz vorgestern soll der König ihm namentlich gesagt haben, daß die Königliche Familie, das Land, sogar Deutschland, ihm sehr wesentliche Dienste zu danken habe, und daß er dafür stets des aufrichtigsten Dankes seines Königs versichert sein könne. Die neuen Minister wurden heute beeidigt und sollen alle schon in vollster Thätigkeit sein. Je mehr sich die öffentliche Stimme über dieselben ausspricht, desto häufiger hört man die Ueberzeugung laut werden, daß sich jetzt unsere Politik in der Deutschen Frage noch entschiedener Großdeutsch als bisher, zeigen werde. Wenn ich den Ausdruck „Großdeutsch" vernehme, so habe ich fast in den meisten Fällen das Gefühl, als müsse ich ihn in „Kleindeutsch" übersetzen; denn es ist leider nur zu augenscheinlich, daß Viele Großdeutsch sind, weil sie wissen, daß sie damit ein Ziel verfolgen, bei welchem für particuläre Interessen, da es nie erreicht wird, nichts zu riskiren ist. Ich will hier nicht weiter untersuchen, in wie weit die Württembergische Großdeutsche Politik von ähnlichen Motiven getragen wird.

Oesterreich.

LNB Wien, den 2. November. Wie man vernimmt, soll der Gouverneur, Feld-Zeug-Minister Welden, die wohlfeilere Ausschrottung des Rindfleisches veranlaßt haben. Durch das gelungene Beispiel aufgemuntert, bereiten sich nun auch schon andere (sic) Viehhändler vor, ihre Ochsen selbst auszuschrotten, was dem Publikum nur zum Vortheil gereichen kann. Der Herr Gouverneur Wiens hat sich dadurch wiederholt um den Dank der Bevölkerung verdient gemacht. Nicht minder ist die weise Zurückhaltung anzuerkennen, wodurch ein Conflikt vermieden wurde, der leicht unangenehme Folgen hätte herbeiführen können. Es fand nämlich vorgestern ein außerordentlicher Zudrang zu den Friedhöfen auf der Schmelz und in Währing statt, wobei namentlich das Andenken der in den Märztagen Gefallenen durch Ausschmückung ihrer Grabhügel mit Kränzen begangen werden sollte. Die Sicherheitswache soll sich diesem widersetzt haben und darüber von einigen Straßenjungen insultirt worden sein. — Aus Ungarn berichtet man, daß die Anhänglichkeit an die Persönlichkeit des Kaisers eine allgemeine sei und sich von seiner früheren Anwesenheit in Ungarn herschreibt, wo seine glänzende Erscheinung solch günstigen Eindruck hervorbrachte. Auch der Kaiser soll sich dessen gern erinnern und bei einer Sitzung des Ministerraths mit Aufregung geäußert haben: „Ich will selbst hinuntergehen, und haben sie mich vor zwei Jahren so freudig empfangen, so werden sie es auch heute thun." — Bisher erschienen noch keine Münzen mit dem Bildniß des Kaisers Franz Joseph. Jetzt aber beschäftigt man sich mit der Präge neuer Dukaten, welche dasselbe tragen werden. Die Thätigkeit in der Münze ist überaus groß. Fünfzehn Dampf-Maschinen und 600 Arbeiter sind Tag und Nacht beschäftigt und ein neuer Transport von 120 Ztr. Silber aus Hamburg wird zur wiederholten Ausprägung von Silbersechsern verwendet. Aber trotz des geringen Gehaltes dieser Sechser sind diese neuen Sechser ebenso wie alle Silberscheidemünze aus dem Verkehr wie verschwunden.

LNB Wien, den 3. November. Aus Pesth erhalten wir aus sicherer Quelle die erfreuliche Nachricht, daß F.Z.M. Haynau allen politischen Gefangenen, welche bis zu 1 Jahr Kerker verurtheilt sind oder noch verurtheilt werden könnten, vollkommene Amnestie ertheilt habe. — Der nun in Pesth anwesende F.Z.M. Haynau erhielt mehrere Drohbriefe, worin ihm bedeutet wurde, daß sein Leben dem Dolche verfallen sei. — Die Kaiserin Mutter und die Königinnen von Preußen und Sachsen sind in Schönbrunn eingetroffen. — F.Z.M. Haynau hat als Civil- und Militair-Gouverneur Ungarns unterm 1sten d. zu Pesth die Oesterr. oktroyirte Reichsverfassung vom 4. März d. J. publiciren lassen in der Erwägung, daß der provisorische Verwaltungsorganismus für Ungarn darauf beruhe. — In Triest ist in Anbetracht der noch immer

herrschenden Choleraepidemie die Eröffnung aller öffentl. Schulen bis zum 25. November hinausgeschoben worden. In der Stadt und deren Gebiete sind seit dem Ausbruche der Krankheit bis zum 30. Oktober 4697 Personen erkrankt und 1853 Personen gestorben.

— LNB. In Arad wurde am 25. Oktober der Ungarische Insurgentenoberst v. Koczinczy kriegsrechtlich erschossen und in Güns 12 Magyaren, die sich im v. J. bei der Ermordung der gefangenen Kroaten betheiligt hatten, mit dem Strange hingerichtet. — Im Bekerscher Comitat treibt sich eine berittene Räuberbande umher, die bereits mehrere verwegene Streiche ausgeführt hat. — Der Dichter Karl Beck weilt seit einigen Tagen in Pesth, um in größerer Zurückgezogenheit ein Drama für das Hof- und Nationaltheater in Wien zu vollenden. — Die Abgeordneten der Oesterreichischen Regierung zur Pariser Industrie-Ausstellung haben über die Pläne und Erbauung der Pariser Rue Rochecheriat (Arbeiterkasernen) eine Beschreibung verfaßt, um selbe dem Ministerium zu überreichen, da man versichert, daß die Regierung eine ähnliche Anstalt zu gründen gesonnen sei. — Der bekannte und steckbrieflich verfolgte Dr. Tausenau, welcher von der Französischen Regierung auf Requisition des hiesigen Kriminalgerichts ausgeliefert werden sollte, hat seine Flucht nach London fortgesetzt. — Nach dem heute erschienenen Bankausweise bestehen die Vorräthe der Wiener Nationalbank an ausgeprägter Conventionsmünze in fl. 28,862,937; der Banknoten-Umlauf dagegen in fl 356,678,214. Die „Presse" weißt auf den „Schlüssel" zu diesem gegen das v. M. günstigeren Ausweise hin, indem die Abnahme der in Umlauf befindlichen Banknoten durch eine sehr fühlbare Zunahme der Ungarischen Assignaten aufzuregen wird. — Aus Reichenberg wird berichtet, daß Daniel Salis-Soglio, ein Schweizer von Geburt, der sich früher als Geschäftsreisender durch längere Zeit in Reichenbach aufgehalten und seitdem große Reisen in Kleinasien und Afrika unternommen hat, sich gegenwärtig in Cairo unter dem Schutze des Oesterr. Consuls befindet, um mit den Negervölkern einen Verkehr in Böhm. Gewerbsprodukten anzuknüpfen, weshalb er sich bereits an mehrere Fabriks- und Handelshäuser in der Reichenberger Gegend brieflich gewendet hat.

Frankreich.

Paris, den 1. November. (Const. Z.) Der Ministerwechsel ist wie ein Blitz aus heiterm Himmel herabgekommen und droht Frankreich mit den schwersten Verwickelungen. Das Ministerium Odilon-Barrot hat seine Entlassung nicht genommen, **der Präsident Louis Napoleon hat es aus eigener Machtvollkommenheit entlassen.**

— (Const. Z.) Der heutige Moniteur bringt — in einem Supplemente, das erst Nachmittags erschien — bereits die amtliche Ernennung der neuen Minister: Hr. v. Rayneval (Sohn des berühmten Diplomaten) Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Hautpoul (Neffe des Generals, der bei der Schlacht von Eylau fiel) Kriegsminister, Hr. Ferdinand Barrot (jüngster Bruder des bisherigen Ministers, bisher Secretair des Präsidenten) Minister des Innern, Hr. Rouher (Advokat zu Riom und obscures Mitglied der Nat.-Vers.) Justizminister, Hr. Bineau (Bergwerksingenieur, sonst wie der vor.) Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. Parieu (genau wie Riom) Minister des Unterrichts und des Cultus, Hr. Dumas (der berühmte Chemiker) Minister des Ackerbaues und des Handels, Hr. Achille Fould (der bekannte Banquier, Finanzminister, Hr. Contre-Admiral Romain-Desfosses, Marineminister. General Hautpoul besorgt interimistisch auch die auswärtigen Angelegenheiten. Alle neuen Minister sind aus dem zweiten oder dritten Rang der politischen Parteien genommen; doch gehören sie meist der Majorität der Nationalversammlung an. Der Präsident Ludwig Napoleon hatte gestern alle bisherigen Minister im Elysee versammelt. Nur Herr Odilon-Barrot war durch Unwohlsein verhindert, zu erscheinen. Man begann mit der Nothwendigkeit, einen Nachfolger für Herrn v. Fallour zu suchen, als Hr. Ludwig Napoleon, neben vielen Artigkeiten für die Minister, ihnen erklärte, das Cabinet habe nicht Unabhängigkeit genug gegenüber der National-Versammlung bewährt. Er beklagte sich über die Langsamkeit bei den Veränderungen im Personal der Verwaltungs-, und der diplomatischen Beamten und schloß damit, daß also keine genügende Uebereinstimmung zwischen ihm, dem Chef der ausübenden Gewalt und seinen Ministern bestehe. Die Minister erklärten hierauf, der Präsident könne Minister wählen, wie ihm beliebe, da sie aber sich bewußt seien, ihre Pflichten treu und loyal erfüllt zu haben, so könnten sie, besonders nach dem letzten Votum der Majorität, ihre Entlassung nicht anbieten. — Hierauf erwiederte Napoleon kurz, sie besäßen sein Vertrauen nicht mehr, und er habe die Absicht, andere Personen in sein Ministerium zu berufen. So geschah es denn auch. — An Parteiführer scheint der Präsident der Republik sich für die Bildung des neuen Cabinets gar nicht gewandt zu haben. Herr Casimir Perier (Sohn) und Hr. v. Flavigny haben das angetragene Portefeuille des Auswärtigen abgelehnt und der junge Herr v. Rayneval, welcher dafür ernannt ist, bekleidet gegenwärtig den Posten eines Französischen Gesandten in Neapel.

Paris, den 1. November. (Köln. Z.) Die neuen Minister sind sämmtlich der Majorität, und zwar dem Repräsentanten-Verein entnommen, der im Staatsraths-Pallaste seine Versammlungen hält. Ueber ihre Persönlichkeit theilen wir die nachstehenden kurzen Notizen mit. Der General d'Hautpoul, der das Conseil nun in Abwesenheit Louis Bonapartes präsidiren soll, war früher Legitimist und grollte fünf Jahre lang der Juli-Dynastie. Parrieu und Rouher gelten als eifrige Conservative; Letzterer war sogar früher Guizot's Candidat zur Deputirtenkammer gegen Combarel de Leyval, der jetzt auch auf der Rechten sitzt. Ferdinand Barrot, der Louis Bonaparte am meisten zur Entlassung seines Bruders Odilon getrieben haben soll, ist seit längerer Zeit Sekretariats-Chef der Präsidentschaft und im Augenblicke des Faktotum Louis Banaparte's. Seine Stellung als Minister des Innern gestattet ihm, die Polizei und die geheimen Fonds ganz in die Hände seines Herrn und Meisters zu bringen. Bineau, ein Civil-Ingenieur, und Romain Desfossès, ein Admiral, sind Mittelmäßigkeiten. De Rayneval hat in der römischen Frage eher mit Oudinot, als mit dem Ministerium und dem Briefe Louis Bonapartes eine und dieselbe politische Linie befolgt. Er ist Schwager des Haupt-Redakteurs des einflußreichen „Journal des Debats." Der „National" meint, das neue Ministerium bestehe aus unbekannten oder nur zu sehr bekannten Männern und aus compromittirten oder compromittirenden Nullitäten. Es scheint im Gegentheil, daß Louis Bonaparte in ihnen blos in Hinsicht auf die alten Parteien durchaus uncompromittirte Persönlichkeiten hat wählen wollen; denn es wird uns versichert, daß die genannten Namen bei den Versammlungen des Repräsentanten-Vereins vom Staatsrath-Pallaste sich von der streng legitimistischen wie von der streng orleanistischen Fraktion gleich fern hielten. Allem Anscheine nach hat Louis Bonaparte also ein rein persönliches Cabinet gewählt. Man überläßt sich bereits der Vermuthung, daß die bezeichneten Minister acceptirt haben, in welchem Falle, wie wir zuverlässig wissen, schon eine ganz neue Ministerliste, zum Theil den Reihen der Linken entnommen, bereit lag. Welches ist nun der Sinn dieser Minister-Revolution? Welches ist der Eindruck, den er bei den Parteien hervorbringt; Louis Bonaparte will selbst regieren und will ferner nicht länger dazu dienen, den Legitimisten, wie er sich ausgedrückt haben soll, die Castanien aus dem Feuer zu ziehen. Ob er nun wie die Journale der Opposition zu glauben und die Manifeste des „Dix Decembre," die im Elysee selbst angefertigt werden, anzudeuten scheinen, einen Staatsstreich beabsichtigt, nachdem er der Majorität der National-Versammlung durch die Willkührlichkeit und Rücksichtslosigkeit seines Verfahrens den Fehdehandschuh hingeworfen, oder ob er blos seinen reformatorischen Absichten eine freiere Aussicht auf Erfolg hat verschaffen wollen, wird die nächste Zukunft lehren. Die conservativen Journale nehmen die Minister-Revolution mit dem Ausdrucke des Erstaunens auf, greifen jedoch die neue Liste, da sie aus den Reihen der Majorität genommen ist, nicht an. Die auf die Legitimisten bezügliche Stelle der Botschaft bringt bei den Organen dieser Partei große Entrüstung hervor. Auch verbergen sie sich nicht, daß hinter der konservativen Farbe des Ministeriums doch die Absicht auf persönliche Regierung, vielleicht auf die Einführung des Kaiserthums oder doch der erblichen Präsidentschaft, durchblickt. Am ernstlichsten von sämmtlichen Blättern nimmt der „National" diese Muthmaßung und die Gerüchte von einem neuen Staatsstreich, gegen die er nicht Anstand nimmt, die Drohung sofortiger Steuerverweigerung zu schleudern.

— (Köln. Z.) Der „Moniteur" veröffentlicht heute wirklich mit der ganz eigenthümlich kategorischen Einleitung: „Folgendes ist die Zusammensetzung des neuen Ministeriums," die ihnen gewiß schon bekannte Liste der neuen Minister. Ich kam schon gestern Abends in den Besitz dieser Liste, allein sie trug so auffallend den Charakter der Unwahrscheinlichkeit, daß ich voraussetzte: entweder will die Person, die sie mir mittheilte, sich mit mir einen schlechten Scherz erlauben, oder es hat jemand sie zum Besten gehabt. Eine Liste „junger Leute," d. i., um die Sache beim rechten Namen zu nennen, eine Liste aus Adjutanten und Secretairen und sonst dergleichen eifrigen Dienern des Prinzen, wie unbekannt sie auch sein oder wie bekannt auch ihre Namen aus den abenteuerlichen Jahren des Prinzen klingen möchten, würde ich für weit wahrscheinlicher gehalten haben, als die Zusammenstellung dieser neuen parlamentarischen Nullitäten, die Louis Napoleon aus den verschiedenen Fractionen der Majorität herausgegriffen hat. Doch wie die Sage geht, ist das neue Ministerium nur ein Uebergangsministerium, von welchem aus Louis Napoleon seinen „jungen Leuten" die Portefeuilles zu übergeben gesonnen ist, welche, wie er voraussieht, den Ministern in Folge der Mißgunst bei der Majorität bald aus den Händen fallen werden. Sind erst die „junge Leute" an der Gewalt, nun — dann kann man einen Schritt weiter gehen! Dieser Plan wird Louis Napoleon allgemein unterlegt, ganz abgesehen von den Parteien. Die „Republik" hegt hierüber dieselben Besorgnisse, wie die „Debats" und „L'Ordre," mit dem Unterschiede jedoch, daß die Organe der Majorität den Präsidenten warnen, und den Organen der Minorität der Versuch eines Staatsstreiches von oben her gar nicht unwillkommen wäre. Die Botschaft, durch welche Louis Napoleon seinen Ministerwechsel der Kammer mittheilt und rechtfertigt, ist weit entfernt, diese Voraussetzungen zu entkräften. Wohl versichert L. Napoleon von Neuem, seinem Eide auf die Constitution treu zu bleiben; allein dieser Eid wie die Verfassung sind nur Worte, während die ganze Botschaft darauf hindeutet, daß der Prinz von nun an allein in Frankreich herrschen und von der Kammer völligen Umgang nehmen wolle: „Er kann seine am 10. Dezember erhaltene Mission nicht erfüllen, wenn nicht zwischen ihm und seinen Ministern eine vollkommene Gemeinschaft der Ideen, Ansichten und Ueberzeugungen herrscht." Da nun aber der Präsident seine Minister aus derselben Reihe genommen, in welche die alten zurückkehren, so muß man nothwendigerweise voraussetzen, daß L. Napoleon die ausgewählten neun Individuen als reine Maschinen zu behandeln beabsichtigt. Das mag vielleicht mit dem Buchstaben, keineswegs aber mit dem Geiste der Constitution übereinstimmen; denn unmöglich kann die Constitution einer „demokratischen Republik" darauf berechnet sein, neben dem Namen eines Präsidenten eine absolute Regierung herzustellen. Das ganze Document aber, das gestern der Prinz in die Welt geschickt hat, zielt auf nichts anderes, als auf eine Alleinherrschaft hin: was Wunder also, wenn man ihm die Absicht zumuthet, daß er dieser Alleinherrschaft auch die äußere Form zu geben nicht weit entfernt ist?

Paris, den 1. Nov., 4½ Uhr Nachmittags. (K. Z.) Das neue Ministerium ist bis zu diesem Augenblicke noch nicht wirklich zu Stande gekommen. Gestern Abends war der größte Theil der auf der Ministerliste genannten Personen entschlossen, die ihnen zugedachten Portefeuilles zu übernehmen; nachdem sie aber den Eindruck gesehen, welchen die Botschaft des Präsidenten und ihre Namen auf die Majorität und Minorität der legislativen Versammlung gemacht haben, wichen sie vor der Schwierigkeit der Stellung zurück. In diesem Augenblicke sind nur Ferd Barrot, der Freund und Privat-Sekretair L. Napoleon's, Achille Fould und der Advokat Rouher noch entschlossen, den Versuch eines Kampfes mit der Versammlung zu wagen. — Die Verlegenheit und Verwirrung im Elysee National ist unbeschreiblich. Heute Morgens um 11 Uhr wurde Emile de Girardin ins Elysee National gerufen, und eine Stunde später ging ein Courier nach London ab. Dort ist nun aber seit vorgestern Victor Hugo anwesend; wie man sagt, ist er es, welcher durch den Courier hierher berufen wird. — Wie sich die Krisis lösen wird, ist nicht abzusehen; so viel ist indessen gewiß, wir werden in den nächsten Tagen entweder Molé und Thiers am Ruder sehen, oder ein Ministerium der Linken wird der Majorität den Handschuh hinwerfen und ein Staatsstreich ist dann unausbleiblich. — Nachschrift. Die Reunion im Saale des Staatsrathes (alte Rue de Poitiers) ist seit 11 Uhr versammelt und soll, wie ich so eben höre, beschlossen haben, eine Deputation an den Präsidenten abzusenden. Thiers soll in der Sitzung zwei Stunden lang gesprochen haben. Der Präsident wird das Aeußerste versuchen, ehe er sich in die Arme des ihm jetzt persönlich verhaßt gewordenen Thiers wirft, der nur auf den Moment lauert, in welchem er als Retter der Staats-Maschine auftreten kann. — Die Aufregung, welche in der Stadt herrscht, wird noch durch die Ungewißheit vermehrt, in welcher man über die Meinung des Generals Changarnier schwebt.

Paris, den 1. Nov. Abends. Die seit einigen Tagen mit Truppenmassen wieder überfüllte Hauptstadt ist ruhig, aber in der lebhaftesten Bestürzung über das, wie den Volks-Vertretern, so der ganzen Bevölkerung unerwartete Ereigniß des gestrigen Tages. Noch hat sich der Einfluß der, rein von oben herab hervorgerufenen Krisis nicht geltend gemacht. Der sehr verspätet erschienene heutige Moniteur enthält, jedoch in dem nicht-amtlichen Theile, die bereits (im Hauptblatte) mitgetheilte Liste der Mitglieder des neuen Cabinets, und bemerkt auch, daß dem General d'Hautpoul bis zur Ankunft de Rayneval's das Portefeuille des Auswärtigen übertragen worden ist. (Köln. Ztg.)

Paris, den 2. Nov. Abends. Die öffentliche Meinung ist durch das Programm des neuen Ministeriums, das in der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlesen wurde, sehr beruhigt. General d'Hautpoul gab folgende Erklärung ab: „Friede nach Außen. Energische Aufrechthaltung der Ordnung im Innern. Sparsame und wachsame Verwaltung der Staats-Finanzen." (K. Z.)

Großbritanien und Irland.

London, den 31. Oktober. Die kritische Stellung Canada's gegenüber dem britischen Reiche nimmt die Aufmerksamkeit der Englischen Presse auf's lebhafteste in Anspruch. Die Times spricht sich in einem heutigen Artikel mit einer merkwürdigen Mäßigung über die Eventualität des Verlustes dieser alten Colonie aus; und fast scheint es, als ob man denselben mit größerer Resignation aufnehmen würde, als sich sonst wohl bei dem britischen Nationalstolze und der britischen Herrschsucht erwarten ließ. Freilich muß es Bedenken erregen, grade durch dieses wichtige Land die Macht des aufstrebenden, des größten Rivalen Englands zu vermehren, indessen meint die Times, es wäre wohl zu berücksichtigen, ob der Wunsch der Trennung wirklich die ganze Bevölkerung durchdränge, ob es nicht blos eine partielle Agitation einer schwachen Partei wäre, oder ob ganz Canada wirklich seinen Vortheil in einer politischen Verbindung mit Nord-Amerika fände. Eine Feindseligkeit, einen Haß gegen das Mutterland fühlt man weder in der Adresse der Gegend von Montreal, noch in der ganzen Haltung der Colonie. Dieselbe hatte schon bisher eine gewisse Unabhängigkeit, eine eigene Verfassung, die Interessen Großbritanniens waren ihr fremd, ihre eigenen offenbar mehr mit dem Nachbarlande verflochten. (Const. Z.)

— In Irland herrscht noch immer bedeutende Aufregung unter den Orangisten in Folge der Entlassung Lord Roden's. Viele seiner Freunde, unter ihnen mehrere aus der Reihe des Adels, kamen gestern in Dublin zusammen und beschlossen, dem Hause der Lords und der Gemeinen eine Petition einzureichen, welche auf eine neue gründliche Untersuchung der Beweggründe der erwähnten Entlassung dringen sollte. Viel hat ohne Zweifel auch eine in Belfast Statt gefundene Versammlung des „Protestantischen Vereins von Ulster" dazu beigetragen, die Gährung in den Gemüthern wach zu halten. (K. Z.)

Spanien.

Die Madrider Zeitungen vom 25. und 26. Oktober enthalten wenig von Bedeutung. Die amtliche Zeitung enthält ein Dekret, welches den Minister des Auswärtigen zur Besetzung sämmtlicher Stellen im Königlichen Haushalte ermächtigt und ihm eine aus den vornehmsten Würdenträgern gebildete berathende Commission beigiebt. Man glaubt, daß die bereits erfolgte Ernennung der Hrn. Armendariz zurückgenommen und dieser Posten Hrn. Quinto zugetheilt wird. Die Gerüchte von Veränderungen im Ministerium finden keinen allgemeinen Glauben. Die Minister haben beschlossen, Mon als Candidat für die Präsidentschaft der Deputirtenkammer zu unterstützen. Ein angeblich vom Könige an seinen Beichtvater, Pater Fulgosio, gerichtetes Schreiben war auf der Post weggenommen worden; der König hatte aber auf Befragen geläugnet, daß der Brief von ihm geschrieben sei. Er ist schweigsamer geworden, mitunter aber spricht er in derben Ausdrücken über die Königin Christine. Gegen Isabelle ist er zuvorkommend und gegen die Minister höflich. (Köln. Z.)

Griechenland.

Athen, den 20. Oktober. (Const. Ztg.) Hier sind bei 3000 politische Flüchtlinge aus allen Nationen angekommen. Es befinden sich darunter Italiener, Deutsche, Polen, Jonier und Ungarn. Diese Unglücklichen wurden von den Einwohern der Griechischen Hauptstadt sehr freundlich aufgenommen und nach Möglichkeit unterstützt. Die Meisten derselben haben auch bereits ein Unterkommen als Ackerbauer, Handwerker u. s. w. gefunden.

Vermischtes.

Berlin. — (Spen. Ztg.) Das neue Ballet „das schöne Mädchen von Gent", welches gegenwärtig hier einstudirt wird und im Laufe des November zur Aufführung kommt, wird eines der glänzendsten sein, das seit Jahren in Berlin gesehen worden ist. Fräulein Lucile Grahn wird in demselben einen Glanzpunkt bilden. — Das kürzlich in zweiter Auflage erschienene Buch: „Louise, Königin von Preußen", rühmt die frühe Talent- und Geistes-Entwickelung des jetzt regierenden Königs. Bei der Erwähnung seines Zeichnen-Talents werden folgende zwei Compositionen als besonders erwähnenswerth genannt: „Varus nach der verlorenen Schlacht" und „Karl der Große, der seinen Hofleuten den Müller vorstellt und über ihre Erbärmlichkeit spricht"; ferner wird (S. 285)

als charakteristisch hervorgehoben des Königs Neigung und sein Glück, Wasserquellen zu suchen und zu finden.

Von dem unerschöpflichen Bulwer ist ein neuer Roman: „The Caxtons, a Family Picture," erschienen, welcher vom „Examiner" seinen besten beigezählt wird. Die Zeichnung der Charaktere, urtheilt dieses Blatt, erinnere an Fielding, der pathetisch-humoristische Stiel an Sterne. (Köln. Z.)

Kammer-Verhandlungen.

47ste Sitzung der zweiten Kammer vom 2. November.

Auf der Ministerbank: von Manteuffel, v. Griesheim für v. Strotha, v. d. Heydt, v. Rabe und der Regierungs-Commissar Mellier.

Die Sitzung wird um 12 Uhr durch den Präsidenten Graf Schwerin eröffnet. Es beginnt die Diskussion über §. 1. des Eisenbahngesetzes, welcher unverändert und zwar mit großer Majorität angenommen wird.

§. 2. des Gesetzes wird jetzt zur Diskussion gestellt: Die Kommission hat hierfür folgende Fassung vorgeschlagen: §. 2. Die zur Ausführung der drei gedachten Unternehmungen noch erforderlichen Geldmittel von überschläglich 33 Millionen Thaler sind aus den Beständen und der etatsmäßigen jährlichen Einnahme des Eisenbahn-Fonds-, so wie aus sonstigen noch vorhandenen Beständen, welche den Kammern zur Verwendung für diesen Zweck in Vorschlag zu bringen sind, und aus den etwanigen künftigen Jahresüberschlüssen des Staatshaushaltes zu entnehmen. Insoweit die bezeichneten Fonds zur Vollendung jener Bauten (§. 1.) in angemessener Frist nicht ausreichen sollten, ist Unser Finanzminister ermächtigt, den Mehrbedarf durch eine nach dem Bedürfniß des fortschreitenden Baues allmählig zu realisirende verzinsliche und in angemessener Frist zu amortisirende Staatsanleihe, höchstens im Betrage von 21 Millionen zu beschaffen.

Mehrere Amendements werden eingebracht, unter andern von Simson: Die Hohe Kammer wolle beschließen: 1) §. 2. des Gesetzentwurfes, den Bau der Ostbahn u. s. w. betreffend, in folgender Fassung anzunehmen: die zur Ausführung der drei gedachten Unternehmungen noch erforderlichen Geldmittel von überschläglich 33 Millionen Thalern sind aus den Beständen und der etatsmäßigen jährlichen Einnahme des Eisenbahn-Fonds, so wie aus den sonst noch vorhandenen, mit Zustimmung der Kammern für diesen Zweck angewiesenen Beständen und aus den etwanigen künftigen Jahresüberschüssen des Staatshaushaltes zu entnehmen. Insoweit die bezeichneten Fonds zur Vollendung jener Bauten (§. 1.) in angemessener Frist nicht ausreichen sollten, ist Unser Finanzminister ermächtigt, den Mehrbedarf durch eine nach dem Bedürfniß des fortschreitenden Baues allmählig zu realisirende verzinsliche und in angemessener Frist zu amortisirende Staatsanleihe, höchstens im Betrage von . . . . . . zu beschaffen. 2) Die Beschlußnahme über die in Alinea 2. des §. 2. zu inserirende Zahl bis dahin auszusetzen, daß die von dem Finanzminister S. 24. der Denkschrift und S. 14. des Berichts zugesagte Vorlage erfolgt und in der Kammer zur Beschlußnahme gebracht sein wird.

Finanzminister Rabe (sehr schnell ablesend): Wenn die Regierung eine so große Unternehmung vornehmen soll, wie sie beantragt ist, so muß auch dafür gesorgt werden, daß ihr die erforderlichen Geldmittel unter allen Umständen zu Gebote stehen. . . In dem Amendement des Abg. Simson ist wahrscheinlich angenommen, daß schon jetzt disponible Bestände vorhanden seien. . . Aber erst nach dem diesjährigen Abschluß des Etats wird sich herausstellen, ob Bestände vorhanden seien. . . . Eine bestimmte Summe anzugeben ist durchaus noch nicht möglich. . . Ich empfehle den Kommissions-Antrag, da derselbe die Zustimmung über die Verwendung der Summe vollständig der Kammer vorbehält.

Abg. Simson: Nach der Erklärung des Finanzministers kann ich mich nicht in meinem Gewissen dahin bestimmen, mein Amendement zurückzuziehen. Die hohe Wichtigkeit der vorgeschlagenen Bahnen und ihr Nutzen ist allseitig anerkannt. Ebenso erkenne ich die Nothwendigkeit an, diese Unternehmungen sofort in Angriff zu nehmen. Auch verdient das Mittel, welches die Regierung angiebt, unsere Billigung. Wir dürfen uns mit unseren Finanzen vor aller Welt sehen lassen. Wenn ich dies Alles einräume, so bleibt mir nur noch ein Rechenexempel übrig. Die Regierung giebt 5 Wege an, die Mittel zu erlangen, welche ihr dazu nöthig sind. Wenn man die vier ersten Positionen von den nöthigen 33 Millionen abzieht, so erhält man die Summe, welche durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Was nun die dritte Position betrifft, so hat die Regierung mehrfach einen Nachweis der vorhandenen Bestände, die für den vorliegenden Zweck verwandt werden könnten, versprochen aber noch nicht geliefert. Ein solcher Nachweis ist aber verfassungsmäßig nothwendig und für die gegenwärtige Beschlußnahme unerläßlich. Der Einwand, daß diese Bestände zu gering sein möchten, um ein so wichtiges Gesetz aufzuhalten, widerlegt sich durch die Denkschrift vom 26. August.

Der Redner verliest die bezügliche Stelle, worin es heißt, daß „jedenfalls noch so viel vorhanden sein würde, um für zwei Jahre die Mittel für Fortsetzung der 3 Unternehmungen, ohne eine Anleihe, zu beschaffen", und deckt die Schwierigkeiten, Unklarheiten und Dunkelheiten dieser Stelle auf, die er deshalb theilweise gar nicht habe verstehen können. Jedenfalls aber würde aus derselben so viel klar, daß am 29. August die Regierung lediglich aus vorhandenen für diesen Zweck disponiblen Beständen $7\frac{1}{10}$ Millionen, oder wenn man eine andere Interpretation anwendete, $5\frac{1}{2}$ Millionen habe entnehmen wollen.

Sei jedoch die Summe groß oder klein, schließt der Redner, eine neue Belastung des Landes durch Schulden darf uns nicht eher zugemuthet werden, als bis wir vollständig über die Finanzlage, so weit es der Regierung nur irgend möglich ist, aufgeklärt sind. (Bravo!)

Finanz-Minister: Es ist nie die Absicht gewesen, die vorhandenen Bestände zu verheimlichen, es sind von mir schon in der Kommission die vollständigsten Mittheilungen gemacht. Es sind übrigens behufs der Vorlagen bereits 4 Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Was die Denkschrift betrifft, die der Vorredner erwähnte, so hatte ich im August die Hoffnung, daß der Ausfall in den Einnahmen werde gedeckt werden, jedoch ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen.

Minister v. d. Heydt: Es hatte die Regierung verschiedene Wege, um in der Eisenbahn-Angelegenheit vorzuschreiten, indem sie die nöthigen Fonds vorschlug. Der Eine davon, den sie gewählt hat, ist der, daß sie das ganze Unternehmen der hohen Kammer auf einmal zur Genehmigung vorlegt. Soll das Gesetz eine Bedeutung haben, so müssen die Summen bestimmt werden. Will die Kammer in diesem Punkte die Regierung unterstützen, so darf sie das Amendement nicht annehmen.

Abg. Harkort: Es ist hier von Ihnen ein Vertrauensvotum von 21 Millionen verlangt worden. Wenn es sich aber darum handelt, das Volk durch eine so bedeutende Summe zu belasten, dann ist wahrlich die größte Vorsicht nöthig. Sie haben auf das Recht verzichtet, Steuern zu verweigern, und sich nur das traurige Recht vorbehalten, neue Steuern und Anleihen zu bewilligen. — Wenn ich Sie frage, was haben Sie bisher in den pekuniairen Angelegenheiten gethan, so muß ich antworten: nichts! Ihre Commission hat das Licht unter den Scheffel gestellt. Der Redner macht hierauf seine Vorschläge und reicht dieselben in einem Amendement ein, welches folgendermaaßen lautet: „Insoweit die bezeichneten Fonds nicht ausreichen, sollen die Mittel auf folgende Weise beschafft werden a) die durch das Gesetz vom 15. April 1848 geschaffene 10 Millionen Darlehnskassenscheine, die am 15. April 1851 eingelöst sein müssen, in Eisenbahnscheine zu verwandeln. b) Die Tilgung geschieht aus dem Ertrage der Bahn. c) Der fehlende Rest soll in den beiden letzten Jahren des Baues durch eine Anleihe gedeckt werden, die die Summe von 4 Millionen nicht übersteigt." (Der Redner spricht unter sehr gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung, wegen des nach der Erklärung des Ministers doppelt gewichtigen Inhaltes seiner Worte.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Ich will nicht gegen das eben verlesene Amendement sprechen, weil mir die Daten augenblicklich fehlen; ich will nur über das Amendement des Abg. Simson einige Worte sprechen. Es ist nachgewiesen, daß die drei Bahnen 33 Millionen kosten und daß 12 Millionen nur durch bestimmte Fonds gedeckt werden, so daß nur noch 21 Millionen übrig bleiben. Diese Summe soll noch vermindert werden durch Bestände, die dazu verwendet werden könnten. Um diese Bestände handelt es sich. Das Ministerium ist verpflichtet, Nachweis über diese Bestände zu geben; wir haben Mittel genug, den Nachweis zu erzwingen. Auch hat der Finanzminister erklärt, er wolle Rechenschaft ablegen, daß er aber jetzt nicht wissen könne, wie viel Bestände vorhanden seien. Nach den Verhältnissen unserer Finanzen halte ich dies auch für unmöglich. Nun aber wird verlangt, Sie sollen einen Credit bewilligen, in der die Summe ausgelassen. (Gelächter.) Ich habe auch ein Gewissen, aber ich finde es nicht beschwert, wenn ich dem Finanzminister die Befugniß gebe, eine Anleihe von 21 Millionen zu machen. Ihre Kommission hat mit Recht sich vorbehalten, daß die Regierung über die vorhandenen Fonds Vorlagen machen soll. So steht die Sache, und die noch Vertrauen zum Gouvernement haben, den §. 2 pure anzunehmen.

Abg. Wentzel: der Vorredner hat gesagt: er habe auch ein Gewissen und dieses treibe ihn, den Antrag zu empfehlen. Auch uns wird unser Gewissen bestimmen, so zu handeln, wie wir handeln werden. Das Amendement Simson ist gänzlich mißverstanden worden. Es ist Ihnen in demselben vorgeschlagen worden, Alles zu thun, den Bau zu unterstützen, heute die nöthigen Mittel zu votiren, und in dem vollen Umfange die Anleihe zu gewähren, — wenn diejenigen Abzüge gemacht worden sind, über die die Regierung eine Vorlage versprochen hat und machen wird. Diesem Amendement schließe ich mich an. Sollte es auch nicht angenommen werden, so kann ich doch die Annahme des §. 2. keineswegs empfehlen. Sie wissen, ein großer Theil des Volkes hat nicht gewählt, uns hat es einen schweren Kampf gekostet, zu kommen, und wir sind gekommen, überschüttet mit dem Hohn der Demokratie. Wir sind unserm Vorsatze treu geblieben, der Regierung keine principiellen Schwierigkeiten zu bereiten. (Unruhe auf der Rechten, der Präsident bemerkt, daß nur er den Redner unterbrechen dürfe.) Die nothwendige Voraussetzung unsers Herkommens war, daß man aufrichtig constitutionell sei. Das Ministerium hat Ausnahmsmaßregeln machen müssen: wir hatten dagegen nichts einzuwenden. Die Verfassung vom 5. Dec. war in der Eile gemacht, hieß es, die Revision war nöthig, unsere Voraussetzung wird also nicht eher eintreffen können, ehe nicht die Verständigung erfolgt ist. Wie können Sie bei dieser Lage einen Credit auf 6 Jahre bewilligen. Man spricht viel von Vertrauen, ich habe immer gefunden, daß da am wenigsten Vertrauen ist, wo man am meisten davon spricht. . . . (Die Unruhe zur Rechten steigert sich mehr und mehr. Man hört die Rufe: Zur Sache! bis der Präsident erklärt, nur er habe die Redner auf die Sache zu weisen.) Der Redner fährt demnach in seiner treffenden und ansprechenden Weise fort. Er sagt unter Anderm: er selbst sei Vorsteher einer Darlehnskasse gewesen, und begreife nicht, wie man aus einer solchen habe etwas hergeben können gegen die Bestimmung des Gesetzes. Man könne daher nicht wissen, wie in Zukunft die bewilligten Fonds verwendet werden dürften. Ich nehme — schließt der Redner — ein Wort eines früheren Redners an: Geben Sie der Geschichte nicht Veranlassung, uns eines Mangels der Voraussicht zu zeihen. (Beifall.)

Minister v. Manteuffel: Ich habe schon oft den Wunsch nach einer Verständigung ausgesprochen. Ich glaube am besten diesem nachzukommen, wenn ich auf den allgemeinen Theil der Rede des Vorredners nicht eingehe. Ich bemerke daher im Speciellen folgendes: Wenn man unsere Zustände nicht für hinlänglich consolidirt hält, um ein Anlehen zu bewilligen, so verwerfe man das Gesetz; die beantragten Cauteln können nur schaden. Mit dem Amendement des Abg. Simson differire ich nur in einem Punkte. Auch ich glaube, die Regierung hat die Pflicht, Rechenschaft über die Bestände abzulegen. Abg. Simson hält die Bestände für eine bestimmte Summe. Dies ist nicht so. Wenn wir im Frühjahr einen Krieg hätten, würden diese Bestände bedeutend modificirt werden. Der Zweck des Gesetzes ist, den Bau vollkommen sicher zu stellen. Ich sehe also in dem Amendement eine Verwerfung des Gesetzes.

Finanzminister Rabe: Es ist gesagt worden, daß die Anleihe bei der Darlehnskasse ungesetzlich gewesen sei. Dies ist ein Irrthum. Gerade zum Zweck der Unterstützung des Handels und der Gewerbe wurde die Anleihe gemacht. Die öffentlichen Arbeiten sollten weitergeführt werden. Die baaren Bestände mußten hierbei unberührt bleiben, weil man nicht wissen konnte, wie die Ereignisse sie nöthig machen könnten. 1830 wurden die öffentlichen Bauten eingestellt, dies wollte ich nicht. Die Fonds sind übrigens vorhanden, wenn die Rückzahlung nöthig wäre, doch halte ich es nicht für nöthig.

Abg. Harkort bemerkt gegen Abg. v. Bodelschwingh, daß er mit diesem Ministerium von Anfang an gegangen sei, daß er aber für künftige Ministerien keinen Credit bewilligen kann.

Abg. Simson: Ich weiß nicht, ob ich nach der Rede des Abg. für Ratibor noch nöthig habe, dem Hrn. Handelsminister und dem Abg. für Hagen zu antworten. Ersteren sehe ich mich genöthigt zu berichtigen in einem Mißverständnisse, das, wie ich mit Vergnügen bemerkt, der Herr Minister des Innern nicht theilt. Wenn der Antrag wirklich den Inhalt hätte, den man ihm unterschiebt, so müßte ich Dem, der ihn gestellt, erst rathen, seinen gestörten Gemüthszustand zu verbessern. Man hat ferner meinen Antrag als den Antrag einer Verwerfung des Gesetzentwurfs bezeichnet. Was ich damit beabsichtigte, war eine Vertagung des Beschlusses.

Minister v. d. Heydt: Der Abg. für Königsberg setzt bei mir ein Mißverständniß voraus. Das ist unrichtig. Ich sagte, daß ich die Annahme des Amendements einer Verwerfung des Gesetzes gleich achte. Ich sehe nicht ein, wie das ein Mißverständniß sein soll.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag von Harkort verworfen; ebenso der von v. Beckerath und der von Wentzel. Der Antrag von Simson kommt zu namentlicher Abstimmung. Mit Ja (für die Annahme) stimmen 38 unter Andern: v. Lensing, v. Falkenberg, Rhoden, Saucken, Simson, Tellkamp, v. Veltheim, Schwerin, Wentzel, von Beckerath, Beseler, Dyhrn, Duncker.

Der Simsonsche Abänderungsvorschlag ist also auch verworfen. Der Commissionsantrag (§. 2. des Gesetzentwurfs) wird mit großer Majorität angenommen. Sodann wird §. 3. des Entwurfs ohne Debatte angenommen.

Es ist also das ganze Gesetz angenommen, welches lautet: §. 1. Unser Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermächtigt: 1) den Bau der Eisenbahn nach Königsberg, welche den Namen „Ostbahn" führen soll, einschließlich der Brücken über die Weichsel und Nogat und der durch die Eisenbahn-Anlage bedingten Strom- und Deich-Regulirungen an diesen beiden Strömen vorläufig von dem Kreuzungspunkte der Ostbahn mit der Stargard-Posener Eisenbahn ab, in der Richtung über Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Braunsberg nach Königsberg mit einer Zweigbahn von Dirschau nach Danzig, für Rechnung des Staates auszuführen, imgleichen 2) die Westphälische Eisenbahn von der Kurhessischen Grenze bei Haueda ab über Warburg, Paderborn, Lippstadt, Soest nach Hamm, für Rechnung des Staats zur Ausführung zu bringen, auch zu diesem Zwecke die Köln-Minden-Thüringer-Verbindungs-Eisenbahn nach Maßgabe des unterm 23. Dec. 1848. mit dem Bevollmächtigten der Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrags für den Staat zu erwerben, und 3) den Bau der Saarbrücker-Bahn für Rechnung des Staats vollenden zu lassen. §. 2. Die zur Ausführung der drei gedachten Unternehmungen noch erforderlichen Geldmittel von überschläglich drei und dreißig Millionen Thalern sind aus den Beständen und der etatsmäßigen jährlichen Einnahme des Eisenbahnfonds, so wie aus sonstigen Beständen und den etwaigen künftigen Jahresüberschüssen des Staatshaushalts zu entnehmen. Insoweit die bezeichneten Fonds zur Vollendung jener Bauten (§. 1.) in angemessener Frist nicht ausreichen sollten, ist Unser Finanz-Minister ermächtigt, den Mehrbedarf durch eine nach dem Bedürfniß des fortschreitenden Baues allmählig zu realisirende verzinsliche und in angemessener Frist zu amortisirende Staats-Anleihe höchstens im Betrage von ein und zwanzig Millionen Thalern zu beschaffen. §. 3. Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und dem Finanz-Minister übertragen.

Die nächste Sitzung findet Montag um 12 Uhr statt.

Schluß der Sitzung $5\frac{1}{4}$ Uhr.

Die 63. Sitzung der ersten Kammer am 3. November wird um 10 Uhr eröffnet. Von dem Präsidenten der zweiten Kammer ist ein Schreiben eingegangen, worin der Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Klassensteuer-Befreiungen, überreicht wird. Die Kammer genehmigt den Vorschlag ihres Präsidenten, diesen Entwurf einer besonderen Commission zu überweisen.

Der Central-Ausschuß legt seinen Bericht über die Fassung der Titel III. und IV. der Versammlung vor. Die Kammer tritt derselben bei. Hierauf folgt der Bericht über die Art. 105 bis 112 der Verfassung. Nach erfolgter Beschlußnahme der zweiten Kammer über Art. 105 war der Ausschuß zu erneuerter Beschlußnahme zusammengetreten, das Ergebniß derselben legt er in einem nachträglichen Bericht vor.

Ein Amend. des Abg. Kuh: „Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind" findet keine Unterstützung. Dagegen werden zwei Amendements der Abgg. Tamnau und Martins unterstützt, und zwar zur Diskussion gestellt.

Die Art. 108., 109. und 110. werden ebenfalls in der von der zweiten Kammer beliebten Fassung angenommen.

Abg. Gr. Helldorf: Ich würde gegen Annahme des Artikel 111. gestimmt haben, fühle mich aber bei der veränderten Lage der Dinge veranlaßt, jetzt für den Artikel zu stimmen, weil ich hoffe, daß wir die geschmälerten Rechte, unter ihnen das Steuerbewilligungsrecht, auf dem nächsten Reichstage wieder erlangen werden.

Abg. Hansemann: Ich bin gegen Art. 111. sowohl in der Fassung der zweiten Kammer, als auch in der des Ausschusses. Diese letztere ist unzweckmäßig, da der Vertrag vom 26. Mai nicht mehr besteht, indem zwei Regierungen von dem Rechte zurückzutreten, Gebrauch gemacht haben.

Abg. Camphausen: Die Verhältnisse haben sich in keiner Weise geändert. Die Preußische Regierung ist auf einem Wege, auf welchem sie, wenn Art. 111 abgelehnt wird, nur im Widerspruche mit dem Beschlusse der Kammer weiter gehen kann. Eine Ablehnung des Artikels wäre ein Desaveu aller bisherigen Schritte der Regierung. Der Vertrag besteht nach wie vor, und die einseitige Erklärung der Regierungen von Sachsen und Hannover kann sie keinesweges von den eingegangenen Verpflichtungen befreien. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Gerlach: Ich befinde mich in der seltenen Lage, mit den Ansichten des Abg. Hansemann, wiewohl aus verschiedenen Gründen vollkommen übereinzustimmen. (Heiterkeit). Art. 111. wird in der Fassung des Ausschusses, Art. 112. in der Fassung der zweiten Kammer angenommen.

Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Locales 2c.

♂ Schildberg, den 1. November. Gestern hat die Wahl des neuen Bürgermeisters stattgefunden. Der Bürgermeister Ba-

rucki aus Baranau hiesigen Kreises ist unter neun Mitbewerbern mit großer Stimmenmehrheit auf zwölf Jahre, wie die revidirte Städte-Ordnung es mit sich bringt, gewählt worden.

♂ Stowyzow, den 1. November. Hier sind mehrere Landwehrmänner, welche kürzlich aus Schleswig-Holstein zurückgekommen sind. In ihrer Abwesenheit sind ihre Weiber nicht im Stande gewesen, den Grundzins, die rückständigen Kaufgelder-Raten und die Königl. Abgaben zu bezahlen; auch haben die Weiber mancherlei verstoßen müssen, um sich und ihre Kinder zu erhalten und die Lohnarbeiter, welche ihren Mann vertraten, zu befriedigen. Jetzt sollen sie Alles auf einmal bezahlen und stehen unter Execution. Es wäre doch billig, solchen Leuten Stundung auf ein Jahr zu gewähren.

♀ **Zur Chronik Posens.** (Fortsetzung.)

Von den Straßen Posens. — Die Stadt am rechten Wartheufer hatte in der frühesten Zeit wohl keine eigentlichen Straßen, sondern bestand nur aus einem Haufen ohne Ordnung herumliegender Häuser; dagegen wurde die Stadt am linken Warthe-Ufer (die Stadt Przimyslaw's I.) gleich nach einem bestimmten Plane angelegt, wenigstens ein großer Marktplatz regelmäßig abgesteckt, in welchen die Hauptstraßen münden sollten, wie die Breslauer-, die Wasser-, die Büttel-, die große (jetzt breite), die Wronker- und die Tuch- (jetzt Juden-) Straße. Der größte Theil der jetzigen Straßen bestand schon im 13ten und 14ten Jahrhundert, wie die alten Archivacten beweisen, einige, wie z. B. die Gerber- und Taubenstraße entstanden erst im 15ten und 16ten Jahrhundert, einige noch später nach Bränden oder wenn Kirchen und Klöster an unzugänglichen Orten waren erbaut worden. Die Kommission der guten Ordnung fand 1779 bei der Lustration folgende Straßen vor: 1) den Markt, 2) die Hinterstraße bei der Bogdankamühle, 3) die Wronkerstraße, 4) die Judenstraße vor der Mauer, 5) die Judenstraße hinter der Mauer, früher Tuchstraße, 6) die jüdische Wronkerstraße, 7) die Mittelstraße, 8) die hölzerne Straße, 9) die Goldenbergstraße, 10) die große Straße, 11) die Schuhmacherstraße, 12) die Schlosserstraße, 13) die Büttelsstraße, 14) die Zwischenfußstraße, (międzynożna), 15) die Wasserstraße, 16) die Stanislawstraße, (Świętosławska), 17) die Pfarrstraße, 18) die Breslauerstraße, 19) die Hundestraße, 20) die Bergstraße, (Podgórze) 21) die Zwischenbrückenstraße, 22) die Dominikanerstraße, 23) die große Gerberstraße, 24) die kleine Gerberstraße, 25) die Taubenstraße, 26) die Ziegenstraße, 27) die Schloßstraße und 28) die zweite Pfarrstraße, früher reine Straße genannt. Einige der Straßen wurden von einer besondern Handwerkerzunft bewohnt und erhielten davon den Namen z. B. Tuch-, Schuhmacher-, Schlosserstraße ꝛc. Die Büttelstraße früher woźna genannt, erhielt ihren Namen von Büttel, (Scharfrichter) welcher auf derselben wohnte. Die Hauptstraßen, ziemlich regelmäßig und gerade angelegt, waren mit den Nebenstraßen sämmtlich gepflastert. Zur Unterhaltung des Straßenpflasters setzte die Kommission der guten Ordnung jährlich 1000 Gulden aus.

(Fortsetzung folgt.)

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Markt-Berichte.

Posen, den 5. November.

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 3 Pf. bis 16 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 5. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26—$28\frac{1}{3}$ Rthlr., pr. Novbr. $25\frac{3}{4}$ u. 26 Rthlr. bez., Novbr./December $26\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 26 G., pr. Frühjahr 28 Rthlr. Br., $27\frac{3}{4}$ bez. u. G. Gerste, große loco 25—26 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16-18 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G., 50pfünd. 17 Rthlr. Br., 16 G. Rüböl loco $14\frac{3}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., pr. November $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{7}{12}$ G., Novbr./December $14\frac{5}{8}$ Rthlr. Br., $14\frac{7}{12}$ bez., $14\frac{1}{2}$ G., Decbr./Januar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{5}{12}$ bez., $14\frac{3}{8}$ G., Jan./Februar $14\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., Febr./März $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{6}$ G., März/April 14 Rthlr. bez. u. Br., April/Mai $13\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{5}{6}$ bez. u. G. Leinöl loco $12\frac{1}{2}$ Rthlr., Novbr./Decbr. $12\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., pr. Frühjahr $11\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $11\frac{7}{12}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Hanföl $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl 12 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{1}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{11}{12}$ Rthlr. verk., mit Faß pr. Novbr. u. Novbr./December 14 Rthlr. Br., $13\frac{3}{4}$ G., pr. Frühjahr $15\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $15\frac{7}{12}$ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
